



N i e d e r s c h r i f t

**über die 4. öffentliche Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses in der
Wahlperiode 2023/2027 am 11.03.2024**

Sitzungsraum: Stadthaus 1, Raum 237, großer Sitzungssaal
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 16:24 Uhr

Teilnehmer/innen:

Ausschussvorsitzender

Herr Bürgermeister Neuhoff

SPD-Fraktion

Herr Stadtverordneter Dr. Hammann
Herr Stadtverordneter Hoffmann
Frau Stadtverordnete Kirschstein-Klingner
Frau Stadtverordnete Ruser
Herr Stadtverordneter Viebrok

CDU-Fraktion

Frau Stadtverordnete Hilck
Frau Stadtverordnete Kargoscha
Frau Stadtverordnete von Twistern (ab 16:02 Uhr)

BD-Fraktion

Frau Stadtverordnete Tiedemann, MdBB

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Stadtverordnete Coordes

Fraktion DIE LINKE

Herr Stadtverordneter Kocaaga, MdBB (ab 16:05 Uhr)

FDP-Fraktion

Herr Stadtverordneter Freemann

Gruppe AfD

Herr Stadtverordneter Jürgewitz

Einzelstadtverordneter (Die PARTEI)

Herr Stadtverordneter Baumann-Duderstaedt

Schriftführung

Herr Adomeit

Weitere Teilnehmer:

Von der Verwaltung:

Herr Magistratsdirektor Polansky
Frau Adomeit, Amt 11
Herr Jacob, Magistratskanzlei
Herr Jochim, BIT
Frau Busch-Cole, BIT
Frau Nordmann, BIT
Amt 14: entschuldigt

Gesamtpersonalrat:

entschuldigt

Personalrat Allgemeine Verwaltungsdienste:

Herr Strechel

Personalrat Bauverwaltung:

Herr Saß

Personalrat Schulen:

Frau Looser

Personalrat Soziales, Familie, Gesundheit und Sport:

Herr Matkowski

Herr Bürgermeister Neuhoff begrüßt die Anwesenden, insbesondere Herrn Hoffmann als neuem Ausschussmitglied. Der Ausschussvorsitzende stellt fest, dass die Einladung, die Tagesordnung und die Vorlagen fristgemäß versandt wurden. Es werden keine Anträge zur Tagesordnung gestellt.

1. Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

2.1. Genehmigung der Niederschrift der 3. öffentlichen Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses in der Wahlperiode 2023/2027 am 30.01.2024 **5/2024**

Der Ausschuss genehmigt die Niederschrift in der vorgelegten Fassung.

Beschluss: Der Beschluss ergeht bei 10 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen (Hoffmann, Jürgewitz)

3. Sachstandsbericht gemäß § 49 Abs. 2 GOSTVV**3.1. Sachstandsbericht gemäß § 49 Abs. 2 GOSTVV für die Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses am 11.03.2024** **12/2024**

Wortmeldungen: Frau Adomeit, Frau Coordes

Der Personal- und Organisationsausschuss nimmt den Sachstandsbericht in der vorgelegten Fassung zur Kenntnis.

Frau Coordes fragt zur laufenden Nr. 1 des Sachstandsberichts „Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst“, welche der Stellen nicht besetzt seien. Da die Frage während der Sitzung nicht beantwortet werden kann, erfolgt die Beantwortung zu Protokoll.

Antwort zu Protokoll:

Die 7,75 Stellen Pakt ÖGD sind überwiegend besetzt. Offen sind:

0,5 Stelle Sachbearbeitung Gesundheitsberichterstattung und Controlling und 2,0 Stellen Sachbearbeitung Abrechnungswesen, Zuwendungsrecht und Sozialbestattungen.

4. Vorlagen/Vorträge

4.1. Tätigkeitsbericht der Antikorruptionsbeauftragten für das Jahr 2023 6/2024

Herr Polansky weist ergänzend darauf hin, dass es im Jahr 2023 für den Ausschussbereich 1 keine Korruptionsverdachtsfälle gegeben habe.

Der Personal- und Organisationsausschuss nimmt den in der Anlage beigefügten Tätigkeitsbericht der Antikorruptionsbeauftragten für das Jahr 2023 zur Kenntnis.

4.2. Umsetzungsstrategie des Onlinezugangsgesetzes (OZG) 7/2024 hier: Bericht zum Stand der Umsetzung in der Stadtverwaltung (02/2024) – Vortrag Herr Jacob (Magistratskanzlei)

Wortmeldungen: Herr Baumann-Duderstaedt, Frau Coordes, Herr Freemann, Frau Kirschstein-Klingner

In Ergänzung des ersten Berichtes zum Stand der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes informiert Herr Jacob (Magistratskanzlei) über die tägliche Arbeitssituation des Digitalisierungsbüros. Es sei Herausfordernd, die Organisationseinheiten der Stadtverwaltung wiederkehrend um die Beschreibung der eigenen Verwaltungsleistungen zu bitten. Nur mit einer daraus entstehenden vollständigen Dienstleistungsbeschreibung sei eine angestrebte Transformation von analog auf digital möglich. Die fertigen Dienstleistungsbeschreibungen und daraus bereits teilweise entstandene Online-Dienste werden im neu designten Bürgerservice auf der bremerhaven.de dargestellt. Herr Jacob erläutert den Ausschussmitgliedern die Suchfunktionen, die auf die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger angepasst worden seien.

Auf Nachfrage von Herrn Freemann beschreibt Herr Jacob die aktuellen Schwierigkeiten bei der Anbindung von iKfz. Mit diesem Online-Dienst wird es perspektivisch möglich sein, Kraftfahrzeuge online an- und abzumelden. Auf weitere Nachfragen von Herrn Baumann-Duderstaedt und Frau Coordes zur Möglichkeit Dienstleistungsbeschreibungen und Online-Dienste auch in anderen Sprachen anzubieten, erläutert Herr Jacob die primären Ziele des Onlinezugangsgesetzes. Gleichwohl sei es zum geplanten Relaunch der bremerhaven.de denkbar, entsprechende Tools bereitzustellen. Er zeigt sich überzeugt, dass standardisierte Darstellungen von Dienstleistungsbeschreibungen geeignet seien, um mit browserbasierten Bedienungshilfen vergleichbare Ergebnisse zu erzielen.

Anlässlich der Frage von Frau Kirschstein-Klingner berichtet Herr Jacob über die Zusammenarbeit mit den bremischen Ressorts. Diese sei durch Erstellung eines Bremerhaven-Handbuches in einigen Fällen leichter geworden, in anderen Fällen sei es allerdings nach wie vor problematisch bei Gesprächspartner:innen in Bremen ein eindeutiges Rollenverhalten (Stadt/Land) auszumachen.

Der Personal- und Organisationsausschuss nimmt den Bericht zum Stand der Umsetzung in der Stadtverwaltung (02/2024) zur Kenntnis.

4.3. Anerkennung von 4,0 befristeten überplanmäßigen Bedarfen im Bürger- und Ordnungsamt, Abteilung "Migration und Einbürgerung" 8/2024

Wortmeldungen: Herr Baumann-Duderstaedt, Herr Polansky

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt, vorbehaltlich der Zustimmung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, die Anerkennung von 4,0 überplanmäßigen Bedarfen (2,0 VZÄ Entgeltgruppe 9b TVöD (Entgeltordnung/VKA) und 2,0 VZÄ Entgeltgruppe 9a TVöD (Entgeltordnung/VKA)) befristet bis zur Rechtskraft des Haushaltes 2024/2025 für das Bürger- und Ordnungsamt, Abteilung „Migration und Einbürgerung“.

Beschluss: Der Beschluss ergeht bei 12 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen (Jürgewitz, Tiedemann)

4.4. Anerkennung von 8,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfen für Lehrmeister:innen für das Schulamt 9/2024

Wortmeldungen: Herr Kocaaga

Herr Kocaaga teilt mit, dass er bereits im Schulausschuss darauf hingewiesen habe, dass es nicht realistisch sei, einen Meister mit der Bezahlung nach Entgeltgruppe 9a (TV-L) zu finden.

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt, vorbehaltlich des Beschlusses des Ausschusses für Schule und Kultur und der Zustimmung der Senatorin für Kinder und Bildung, die Anerkennung von 8,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfen (Lehrmeister:innen, Entgeltgruppe 9a TV-L (Entgeltordnung/TV-L)) für das Schulamt.

Zum nächstmöglichen Haushalt ist ein entsprechender Stellenplanantrag zu stellen.

Beschluss: Der Beschluss ergeht bei 12 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung (Frau Tiedemann) und 1 Nein-Stimme (Jürgewitz)

4.5. Anerkennung von 3,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfen "Berufscoach" für die Jugendberufsagentur des Schulamtes 10/2024

Wortmeldungen: Herr Polansky, Frau Tiedemann

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt die Anerkennung von 3,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfen „Berufscoach“ (Entgeltgruppe S 11b TVöD (Entgeltordnung/VKA) vorbehaltlich Bewertung) für die Jugendberufsagentur des Schulamtes.

Zum nächstmöglichen Stellenplan ist ein entsprechender Stellenplanantrag zu stellen.

Beschluss: Der Beschluss ergeht bei 12 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen (Jürgewitz, Tiedemann)

Frau Tiedemann stellt fest, dass der Schulausschuss bereits im November 2023 einen Beschluss hierzu gefasst habe und fragt, warum die Vorlage erst jetzt auf der Tagesordnung des Personal- und Organisationsausschusses stehe und warum es keinen

Stellenplanantrag gebe. Da die Fragen von Frau Tiedemann während der Sitzung nicht beantwortet werden können, sagt Herr Polansky deren Beantwortung zu Protokoll zu.

Antwort zu Protokoll:

Der Ausschuss für Schule und Kultur hat die Vorlage am 28.11.2023 beschlossen. Der Personal- und Organisationsausschuss hat nachfolgend am 05.12.2023, 30.01.2024 und schließlich am 11.03.2024 getagt. Vorlagenschluss für den 05.12.2023 war am 14.11.2023, Vorlagenschluss für den 30.01.2024 war am 09.01.2024. Die Zuschrift des Fachamtes für die Erstellung der P+O-Vorlage erreichte das Personalamt am 26.01.2024. Vor dem Hintergrund des dargestellten zeitlichen Verlaufs war eine P+O-Befassung vor dem 11.03.2024 nicht möglich. Warum das Schulamt keinen Stellenplanantrag gestellt hatte, ist dem Personalamt nicht bekannt; dies wurde nunmehr nachgeholt.

4.6. Umsetzungsstand der in der Zuständigkeit des Personalamtes zu 11/2024 bearbeitenden prioritären Klimaschutzmaßnahmen des kommunalen Klimaschutzaktionsplans

Der Personal- und Organisationsausschuss nimmt den Sachstand zur Umsetzung der kommunalen Klimaschutzmaßnahmen S-BHV-IW-62 und S-BHV-BW-80 zur Kenntnis. Die Maßnahme S-BHV-BW-80 wird als abgeschlossen bewertet. Zur Maßnahme S-BHV-IW-62 wird das Personalamt um erneute Berichterstattung Ende 2024 gebeten.

Beschluss: Der Beschluss ergeht bei 12 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen (Herr Jürgewitz, Frau Tiedemann)

5. Anträge

6. Anfragen

7. Mitteilungen

8. Verschiedenes

Torsten Neuhoff
Bürgermeister

Adomeit
Schriftführer